

# Die digitale Agenda des Mittelstands

Digitalpolitisches Programm | Positionen  
und Forderungen der BVMW-Kommission  
Internet und Digitales



**Christoph Ahlhaus**  
Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung  
des BVMW

Die Digitalisierung ist für den Mittelstand eine der größten Herausforderungen und bietet zugleich auch viele Chancen für die mittelständische Wirtschaft. Gerade auch im Hinblick anderer vor uns stehender Aufgaben, wie des demografischen Wandels und der Bewältigung des Klimawandels sind digitale Technologien wertvolle Helfer. Darüber hinaus bieten sie Raum für kreative Ideen und neue Innovationen. Der Mittelstand ist mit seinem Einfallsreichtum und seiner Flexibilität bestens dafür geeignet, diese Transformation erfolgreich zu bewältigen. Allerdings gibt es auch noch Unternehmen, die sich damit schwertun. Deswegen unterstützt DER MITTELSTAND. BVMW unsere Mitglieder dabei und bieten ihnen Hilfestellung bei der Nutzung digitaler Technologien. Gleichzeitig ist aber auch die Politik gefordert, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn unsere Konkurrenten in allen Teilen der Welt warten nicht auf Deutschland. Um nicht den Anschluss an die Vorreiter der Digitalisierung zu verlieren, ist der Mittelstand darauf ange-

wiesen, Innovationen und Wissenstransfer möglichst schnell umzusetzen. Lassen Sie uns diese verantwortungsvolle Aufgabe gemeinsam im Dialog zwischen Mittelstand und Politik bewältigen.

Ihr  
Christoph Ahlhaus



**Nico Lüdemann**  
Vorsitzender der Kommission  
Geschäftsführer bluecue consulting  
GmbH & Co. KG

Um die Digitalisierung in Deutschland ist es leider nach wie vor nicht gut bestellt. Zu wenig Bewusstsein für die Chancen und Risiken, vielerorts Unwissenheit über die technologischen Möglichkeiten, teilweise verwirrende regulative Vorgaben und eine stockende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung stellen der digitalen Transformation unseres Landes kein gutes Zeugnis aus. Zwar könnte man an dieser Stelle die Coronapandemie als Begründung für eine Verzögerung der Entwicklungen heranziehen, jedoch ist dieses Argument nicht sonderlich stichhaltig, da insbesondere die Lock-downs, die Homeoffice-Anweisung und das Home-schooling wahre Treiber von Digitalisierungsinitiativen waren. Leider ist derzeit sogar zu erkennen, dass viele „Er-rungenschaften“ der Pandemie, wie beispielsweise ein hoher Anteil von digitalbasiertem Unterricht in den Schulen, eher wieder rückläufig sind. Insbesondere in einem Land wie Deutschland, das

über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt und sich in vielerlei Hinsicht in starken Abhängigkeiten von anderen Ländern befindet, kann die Digitalisierung nicht nur neue Wertschöpfung ermöglichen. Sondern auch helfen, den großen Herausforderungen unserer Zeit, wie Klimawandel und demografischer Entwicklung, entgegenzutreten.

Neue digitale Produkte und Leistungen, intelligente Systeme und effiziente Automatisierung in Produktion, Logistik und Verkehr können uns helfen, den Wirtschaftsstandort Deutschland wie auch die deutsche Gesellschaft fit für die Zukunft zu machen. Hierzu bedarf es aber einen in die digitale Zukunft gerichteten politischen Rahmen.

Bei der Erarbeitung der vorliegenden Version unserer digitalen Agenda für den Mittelstand haben wir unseren Fokus auf die aus unserer Sicht dringendsten politischen Felder – die digitale Verwaltung, die digitale Bildung sowie die digitale Souveränität Deutschlands und Europas – gelegt. Diese sind zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche digitale Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft.

Der deutsche Mittelstand ist dafür prädestiniert, in diesem Veränderungsprozess eine Vorreiterrolle einzunehmen, da seine Innovationskraft, sein langfristiges und generationsübergreifendes Denken und seine enge Beziehung zur lokalen Öffentlichkeit das Potenzial haben, sehr viel Wirkkraft zu erzeugen.

Ihr  
Nico Lüdemann

## Mittelständische Digitalpolitik auf einen Blick

Deutschland ist als eine der größten Volkswirtschaften der Welt auf Innovationen und Wissen angewiesen, um auch in Zukunft den Wohlstand zu sichern. Dabei bietet die Digitalisierung Chancen, aber auch Herausforderungen für die mittelständische Wirtschaft. Neben neuer Technologiefelder wie Künstlicher Intelligenz, Quantencomputing oder Blockchain führt die Digitalisierung vor allem auch zu Innovationen und Veränderungen in traditionellen Wirtschaftsbereichen, wie dem Maschinenbau oder der Automobilindustrie. Im Mittelstand stehen hier auf der einen Seite innovative Vorreiter und auf der anderen Seite Unternehmen, die noch Nachholbedarf bei der Digitalisierung haben. Als die dringendsten Felder im digitalpolitischen Bereich legt die Kommission Internet und Digitales des Der Mittelstand. BVMW den Fokus auf die folgenden Felder:

### Staat und Verwaltung: digitale Vorreiter?

Ein digitaler Staat und eine digitale Verwaltung bieten ein großes Potenzial, um Bürokratielasten zu verringern. Da kleinere Unternehmen oft keine entsprechenden Fachabteilungen für zusätzliche Bürokratiepflichten haben, steckt hier ein großes Potenzial, um den

Mittelstand zu entlasten. Daneben besitzt der Staat auch einen Vorbildcharakter für Unternehmen und Menschen, um sie von der Digitalisierung zu überzeugen. Im Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI Ranking)<sup>1</sup> belegt Deutschland im Bereich Nutzer der digitalen Verwaltung nur Rang 18 von 29. Die hohen selbstgesteckten Ziele sind hier bisher noch nicht erreicht worden.

### Digitale Bildung – von der Schule bis zum lebenslangen Lernen

Um digitale Technologien zu nutzen und von ihnen zu profitieren, bildet die Bildung im digitalen Bereich einen essenziellen Grundbaustein. Während der Pandemie wurden hier deutliche Lücken sichtbar. Der Mittelstand sieht hier noch erheblichen Nachholbedarf. Es sollte konsequent auf die digitale Bildung in der Schule und auch bei berufsbegleitenden Angeboten gesetzt werden. Die Corona-Pandemie hat hier Defizite bei der Infrastruktur sowie bei der Ausbildung der Pädagogen offengelegt.

Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr, spricht auf dem Zukunftstag des BVMW 2023 in Berlin.

### Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas

Kritische Abhängigkeiten können in Krisen schnell zu scheinbar unüberwindlichen Hürden werden. Deswegen sollten solche Abhängigkeiten zu anderen Staaten oder Regionen in der Welt möglichst vermieden werden, um die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in Europa und Deutschland zu wahren. Dabei sollte

eine nachhaltige Digitalpolitik auf eine wettbewerbsfähige Digitalwirtschaft in Deutschland und Europa setzen. Ein positives Fortschrittsnarrativ, aber auch die Unterstützung für kleine Unternehmen ist erforderlich, um eine digitale Spaltung zwischen den Unternehmen zu verhindern.

<sup>1</sup> <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/digital-economy-and-society-index-desi-2022>





## Staat und Verwaltung: digitale Vorreiter?

Nach dem 2017 beschlossenen Onlinezugangsgesetz (OZG) sollten Bund, Länder und Kommunen bis Jahresende 2022 einen Katalog von 575 Dienstleistungen digital anbieten. Laut des Dashboards Digitale Verwaltung sind Anfang 2023 erst 121 flächendeckend verfügbar, 186 in Umsetzung und 51 in Planung. Schon im August 2022 wurde konstatiert: „Das OZG ist bis Ende 2022 nicht umsetzbar“.

### Deutschland nur Mittelmaß in Europa

Das DESI-Ranking der EU-Kommission ist ein Index, der den digitalen Fortschritt in Wirtschaft und Gesellschaft der EU-Staaten schätzt. Deutschland stand im Ranking 2022 auf Platz 13, das entspricht nur knapp dem Mittelmaß. Dafür gibt es einige Gründe. Unterschiedliche rechtliche Regelungen in den Bundesländern erschweren die digitale, interkommunale Zusammenarbeit. So entsteht das Problem, dass eine Softwarelösung nur in manchen Kommunen eingesetzt werden kann, weil sie den regulatorischen Ansprüchen nicht genügt. So müssen für verschiedene Kommunen, für die gleichen Ansprüche unterschiedliche Lösungen entwickelt werden, wodurch eine flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung

ausgebremst wird. Der Mangel an digitaler Expertise und einem „digitalen Mindset“ in der Verwaltung sind weitere Felder, in denen Verbesserungen notwendig sind. Einer Untersuchung der KfW zufolge fehlt es fast 70 Prozent der Kommunen an Expertise und Personal für die Digitalisierung. Ein weiteres Problem ist die mangelnde Transparenz bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand. Sie erschwert unter anderem innovativen Startups den Zugang. Dadurch wird der Wissenstransfer in die Behörden und die schnelle Hilfe durch externe Expertise erschwert. Daneben wurde es bisher verpasst, eine eindeutige und nutzerfreundliche digitale Identität zu schaffen. Hier sollten nationale Alleingänge und besonders auch individuelle Lösungen auf Länderebene vermieden werden.

### Wege zur Verbesserung der Situation

Ein Update der rechtlichen Rahmenbedingungen in den Bundesländern wäre ein erster Schritt, um die Basis für mehr Geschwindigkeit bei Planung und Umsetzung der Vorhaben zu schaffen. So wäre es auch empfehlenswert, dass „Einer für alle“ (Efa) – Lösungen in der Fläche genutzt werden können. Um IT-Expertise und entsprechende Fachkräfte in der Verwal-

zung zu finden und zu halten, sollte an verschiedenen Stellschrauben gedreht werden. Die öffentliche Verwaltung sollte sich bei Verdienstmöglichkeiten und Kriterien für die Neueinstellung von Mitarbeitern an der Wirtschaft orientieren. Vorhandene Kenntnisse und Fähigkeiten sollten im Vordergrund stehen und nicht nur der formale Bildungsabschluss. Daneben ist die Weiterbildung der Beschäftigten ein wichtiger Baustein. Denn durch die sich schnell wandelnde digitale Welt, ist eine Vermittlung von neuen, praxisnahen Kompetenzen unerlässlich. Auch beim Arbeitsumfeld sollte an die Ansprüche von IT-Experten gedacht werden. Bei der IT-Ausstattung, aber auch in der Organisation des Arbeitsumfelds, sollten die Behörden von Unternehmen lernen. Flache Hierarchien, (teil-) agile Prozesse und eine entsprechende IT-Ausstattung sind erforderlich, um kreative und pragmatische Lösungen zu entwickeln. Neben Verbesserungen in den Behörden ist die Komplexität des Ausschreibungswesens in Deutschland zu kompliziert. Ein Prozess des automatischen Abgleichs von angefragten Leistungen der öffentlichen Verwaltung mit im Portal hinterlegten angebotenen Leistungen von Unternehmen kann so betreffende Stakeholder informieren und den Wettbewerb in Ausschreibungsverfahren erhöhen. Daneben ist für digitale Identifikationsprozesse eine funktionierende eID notwendig. Hier gilt es nationale Alleingänge zu vermeiden und eine interoperable, europäische

Lösung zu verfolgen. Um Behörden mit Expertise zu unterstützen, ist der Mittelstand durch die regionale Verbreitung prädestiniert. Gerne steht der BVMW und die Kommission Internet und Digitales hier für einen Austausch bereit.



<sup>2</sup> (2021) Brand, Stephan Dr.; Pflume Fabian; Steinbrecher Johannes Dr.: Digitalisierung und Fachkräftemangelerfordern neue Personalpolitik in Kommunen, KfW Research, Fokus Volkswirtschaft Nr.314

## Digitale Bildung – von der Schule bis zum lebenslangen Lernen

### Corona als Brennglas für den Rückstand der digitalen Lehre

Im Rahmen der Corona-Pandemie wurden die Schwächen und der Status von „modernen“ Bildungseinrichtungen schlagartig sichtbar. Die Durchführung von virtuellem Unterricht war zu Beginn nicht möglich. Die Notlösung, Unterlagen über die vorhandenen Infrastrukturen (wie beispielsweise über das bayrische zentrale Informationsportal zur Medienbildung Mebis) zur Verfügung zu stellen, brach regelmäßig zusammen. Lehrkräfte hatten keine oder zu wenig Geräte für die Erstellung und Lieferung der Unterrichtsinhalte. Alles in allem eine bestürzende Ausgangssituation. Das Problem ist aber nicht neu. Die Auflösung der Normalbiografie (also der Lebenslauf eines Menschen nach der gültigen Norm der Gesellschaft) hat schon seit 30 Jahren ihren Beitrag dafür geleistet, dass die Bildung von Menschen (das Lernen) ein stetiger, sich über das gesamte Leben ziehender Prozess geworden ist. Damit ist das „Dreiphasenschema“ – in der Jugend lernen, im Erwachsenenalter arbeiten und im Rentenalter ausruhen – nicht mehr gültig. In allen Bereichen

wurden grundlegende Änderungen vorgenommen. Die Anforderungen, das Lernen entsprechend anzupassen, haben ebenfalls in den letzten Jahren dramatisch zugenommen.

### Anschaffungen durchgeführt – Personal und Infrastruktur nicht vorhanden

Die Bildungseinrichtungen haben schon vor der Coronapandemie gar nicht oder nur sehr langsam die Anpassungen an die neuen Anforderungen für Bildung des Menschen über das gesamte Leben durchgeführt. Das vorhandene Personal in den Schulen und Bildungseinrichtungen war mit der bisherigen Lage schon überfordert. Jetzt kam Corona hinzu und hat die Situation eskalieren lassen. Die schnell eingeführten Fördergelder haben keinen Service für die angeschafften Geräte beinhaltet, sodass auch im Betrieb von Hardware ein weiterer Notstand entstand. Alles in allem eine katastrophale Ausgangssituation für Deutschland, die während Corona sehr ausgeprägt sichtbar wurde. Zwar wird jetzt etwas unternommen – die Geschwindigkeit ist aber sehr überschaubar.





### Modernisierung der Bildungseinrichtungen

Für eine erfolgreiche Zukunft ist es wichtig, dass die modernen Geräte für die Inhaltsvermittlung für den täglichen Gebrauch vorhanden sind. Die Infrastruktur muss einfach funktionieren, damit Schülerinnen und Schüler durch Bildung bestmöglich auf das Leben vorbereitet werden. Die wertvolle Zeit der Wissensvermittlung muss zwingend auch den Umgang und das intelligente Nutzen der Digitalisierung vermitteln. Dazu zählt auch die entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte als wesentlicher Baustein. Hinzu kommt der Blick über den Tellerrand der „normalen“ Schule hinaus. Die Erwachsenenbildung muss hier sehr viel aufholen, damit das gesetzte „lebenslange Lernen“ wirklich gelebt werden kann.

### Reformen umsetzen

Es braucht zuerst eine schnellere und langfristig gedachte Beschaffung von Geräten. Lokale mittelständische Unternehmen können ausgewählt nach Servicequalität einen langfristigen Betrieb der Hard- und Software sicherstellen. Lehrkräfte müssen für den Umgang mit digitalen Geräten ausgebildet werden. Trotzdem sind sie nicht für die Administration der IT zuständig. Für die Zeit nach der Schule müssen digitale Bildung und digitale Kompetenzen als Teil des lebenslangen Lernens mitgedacht werden. Die Lehrinhalte müssen an die modernen Rahmenbedingungen angepasst, Schul- und Erwachsenenbildung enger miteinander verknüpft werden.

## Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas

Derzeit bedrohen zwei Segregationsentwicklungen die digitale Souveränität Deutschlands und Europas: Erstens werden durch die sich in immer größerem Umfang abzeichnenden Spannungen zwischen den liberalen Demokratien des Westens und den autoritären Regimen des Ostens nicht nur Lieferketten gestört, sondern auch technologische Brücken eingerissen. Es droht eine technologische Spaltung der Welt in eine von US-amerikanischen Tech-Konzernen dominierte westliche sowie eine durch halbstaatliche chinesische Unternehmen angeführte östliche Tech-Bubble. Der Platz Deutschlands und Europas in einer solchen Welt ist bis dato unklar bzw. nicht existent.

### Digitales Narrativ etablieren

Um das Aufgehen beider Segregationstendenzen einzudämmen, sind nun entschiedene Maßnahmen erforderlich, die sowohl durch die Politik als auch durch den Mittelstand selbst anzugehen sind:

Es ist durch Politik und Gesellschaft unerlässlich, eine positive Fortschrittserzählung zu etablieren, die technologische Entwicklung nicht als zu reglementierende

Bedrohung begreift, sondern als den Weg hin zu einem besseren, gesünderen und wohlhabenderen Leben für alle Bürgerinnen und Bürger der EU. Dies zielt etwa auf den zukünftigen Umgang mit Künstlicher Intelligenz, die in allergrößtem Maße das Potenzial birgt, in nahezu allen Bereichen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz Fortschritt zu erzeugen. Bestrebungen zur Regulatorik von KI-gestützten Entwicklungen müssen dies berücksichtigen.

### Digitale Spaltung im Mittelstand

Eine Spaltung droht zweitens auch innerhalb des deutschen Mittelstandes, denn der Umfang der Digitalisierung von Geschäftsprozessen und -modellen klappt zunehmend auseinander. Auf der einen Seite stehen die (gerade größeren) Mittelständler, die Digitalisierung früh als Chance erkannt haben und daher nun schon viele Jahre Zeit hatten, sich entsprechend aufzustellen. Auf der anderen Seite gibt es immer noch einen großen Anteil von meist kleineren Mittelständlern, die sich bisher kaum digitalisiert haben und daher auch nicht von der „digitalen Dividende“ profitieren. Dieser

„Digital Divide“ wird weiter aufklaffen, sodass es für bisher noch wenig digitalisierte Unternehmen zunehmend schwerer wird, ihren Rückstand aufzuholen und wettbewerbsfähig zu bleiben.

### Unternehmen bei der Transformation unterstützen.

Auf Seiten des Mittelstandes selbst gilt dies ebenso: Unternehmen, die bisher nicht an der Digitalisierung teilhaben, tragen auch nicht zur Stärkung digitaler

Kompetenzen im Mittelstand bei. Sie generieren keine Best Practices, bilden keine entsprechenden Fachkräfte heran und schaffen auch keine Nachfrage nach digitalen Tools und Lösungen. Jedes Unternehmen, das sich also nicht mit der Digitalisierung auseinandersetzt und diese Herausforderung annimmt, ist somit Teil des Problems. Daher ist eine zentrale Aufgabe des Verbandes und der Politik, seine Mitglieder dahingehend zu sensibilisieren und zu aktivieren. Dieser Aufgabe sieht sich DER MITTELSTAND. BVMW verpflichtet.



## Autoren in Abstimmung mit den Kommissionsmitgliedern

### 1 Nico Lüdemann

Vorsitzender der Kommission  
Geschäftsführer bluecue consulting GmbH & Co. KG

### 2 Rinaldo Heck

Geschäftsführer HE-S Digital Management GmbH

### 3 Daniel Schrod

Vorstandsvorsitzender ITS AG

### 4 Dr. Peter-Christian Zinn

Geschäftsführer Industrial Analytics Lab GmbH

### 5 Marcel Kappestein

Geschäftsführer Avenga Germany GmbH

Erarbeitet wurde diese Broschüre von der BVMW-Kommission Internet und Digitales. Die Kommission Internet und Digitales setzt sich u.a. aus rund 30 Unternehmerinnen und Unternehmern zusammen, die sich tagtäglich mit den verschiedensten Facetten der Digitalisierung auseinandersetzen. Die Profile der einzelnen Mitglieder sind dabei sehr unterschiedlich. Ferner zählen Vertreter von Bildungsverbänden und Hochschullehrern zu den Mitgliedern der Kommission.



## Der Mittelstand. BVMW

- Der Mittelstand. BVMW e. V. vertritt im Rahmen der Mittelstandsallianz politisch mehr als 30 mittelständisch geprägte Verbände mit insgesamt 900.000 Mitgliedern
- Der BVMW mit ca. 30 000 Mitgliedern vertritt im Rahmen seiner Mittelstandsallianz mit über 30 Verbänden die Interessen von über 900.000 Mitgliedern
- Die rund 300 BVMW-Repräsentanten vor Ort verfügen über circa 900.000 direkte Unternehmerkontakte im Jahr
- Mehr als 2.000 Veranstaltungen im Jahr, wie z. B. Roadshows, Workshops, Seminare
- Bundeswirtschaftssenat (circa 350 herausragende Unternehmerpersönlichkeiten, darunter zahlreiche Weltmarktführer, sowie vier deutsche Nobelpreisträger)
- Politischer Beirat (Beratungsgremium bestehend aus hochrangigen Persönlichkeiten des politischen Lebens)
- Der Wissenschaftliche Beirat des BVMW berät den Verband zu allen wirtschafts- sowie gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Ihm gehören verdiente Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft an, die Ihre Fachexpertise für den deutschen Mittelstand einbringen.
- Der Beirat Gesundheit steht der Bundesgeschäftsführung und dem Präsidium zu allen gesundheitspolitischen Herausforderungen mit Bezug zum Mittelstand beratend zur Seite.
- Kommissionen (Arbeit und Soziales, Außenwirtschaft, Bildung, Bundeswehr und BOS, Energie und nachhaltiges Wirtschaften, Innovationen und Förderprogramme, Internet und Digitales, Logistik und Mobilität, Recht, Startups und Unternehmensgründung, Steuern und Finanzen)

## Impressum

**Herausgeber/Copyright:**  
Der Mittelstand. BVMW e.V.

**Kontakt:**  
Bundeszentrale  
Potsdamer Straße 7  
10785 Berlin

Tel.: 030 533206-0  
Fax: 030 533206-50

info@bvmw.de  
www.bvmw.de

**Ansprechpartner:**

**Nico Lüdemann**  
Vorsitzender der Kommission  
Geschäftsführer bluecue consulting GmbH & Co. KG  
*Nico.luedemann@bluecue.de*

**Dr. Hans-Jürgen Völz**  
Leiter Volkswirtschaft  
*Hans-Juergen.Voelz@bvmw.de*

**Paul Ruland**  
Referent für Digitales, Volkswirtschaft  
*Paul.Ruland@bvmw.de*

**Grafikdesign:**  
Thomas Lindemer

**Druck:**  
Möller Pro Media GmbH, Berlin

**Copyright Bildquellen bei stock.adobe.com:**

Titelseite und Strukturen: KanawatTH  
Seite 7: Sinha  
Seite 9: Thapana\_Studio  
Seite 11: Robert Kneschke  
Seite 13: Lightfield Studios  
Seite 15: Rawf8

**Copyright weitere Bildquellen:**

Seite 2: Axel Schmidt  
Seite 3: Nico Lüdemann  
Seite 5: Christian Kruppa  
Seite 17: Nico Lüdemann (1), Rinaldo Heck (2), Dr. Peter-Christian Zinn (3), Christian Kruppa (4), Marcel Kappestein (5)

Nachdruck – auch auszugsweise – unter Quellenangabe gestattet

EU-Transparenzregisternr. 082217218282-59

Falls an einzelnen Stellen nur die männliche Form der Schreibweise verwendet wird, wird diese als geschlechtsunabhängig verstanden und bezieht die weibliche Form mit ein.

Stand: September 2023



**Der Mittelstand. BVMW e.V.**

Potsdamer Straße 7 | Potsdamer Platz  
10785 Berlin, Deutschland  
Tel. + 49 30 533 206-0  
[www.bvmw.de](http://www.bvmw.de)

**Nico Lüdemann**

Vorsitzender der Kommission  
Geschäftsführer bluecue consulting  
GmbH & Co. KG  
[Nico.Luedemann@bluecue.de](mailto:Nico.Luedemann@bluecue.de)